

## Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache 20(17)33

Erhard Crome

### Zu den Auswirkungen der Vorstellungen von einer „systemischen Konkurrenz“ auf die zwischenstaatlichen Beziehungen

#### Zwei Vorbemerkungen

**Erstens.** Im 20. Jahrhundert wurde die internationale Ordnung dreimal „neu geordnet“: mit dem Versailler System von Friedensverträgen und der Errichtung des Völkerbundes 1920, mit dem Potsdamer Abkommen und den Vereinten Nationen 1945 sowie nach dem Ende des Kalten Krieges mit der „Charta von Paris“ 1990 und der Schaffung der OSZE.

So stellt sich angesichts von Russlands ukrainischem Krieg die Frage nach einem „russischen Revanchismus“ nach dem Kalten Krieg: „In den 1990er Jahren verpasste die Welt eine einzigartige dritte Chance [...]. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Entstehen unabhängiger Nachfolgestaaten wie Russland und der Ukraine konnten diese Länder in eine Weltgemeinschaft und eine gestärkte internationale Rechtsordnung integriert werden.“<sup>1</sup> Das geschah nicht.

Die Gründe für diese westliche Politik liegen im Fukuyama-Syndrom: Der Westen habe den Kalten Krieg auf Grund seiner systemischen Überlegenheit von kapitalistischer Marktwirtschaft und bürgerlichem Parlamentarismus gewonnen und die Geschichte komme nun zu ihrem Ende. Diese Ideen bestimmen die Einschätzung der Weltlage und auch die außenpolitischen Strategien in Washington, Brüssel, London, Berlin und anderenorts nach wie vor. Russland als Verlierer des Kalten Krieges sollte klein begeben und sich in eine Rolle als „Regionalmacht“ (Originalton Obama) fügen; die Sowjetunion habe nicht nur systemisch verloren, sondern zugleich Russland als Staat und Gesellschaft. Erwartet wurde darüber hinaus ein Zusammenbruch der politischen Systeme, die als nicht-demokratisch und autoritär angesehen werden, vor allem in den Ländern, in denen nach wie vor „Kommunistische Parteien“ regieren. Das hat sich als grundlegender Irrtum erwiesen, wirkt aber bis heute und erklärt in beträchtlichem Maße die herausfordernde Vermessenheit im Westen gegenüber den politischen Systemen und herrschenden Strukturen in diesen Ländern, vor allem gegenüber China.

Es scheint aktuell sinnvoll, von einer „ungelösten russischen Frage“ zu sprechen: Die „geopolitischen tektonischen Platten verschieben sich durch diesen Krieg“.<sup>2</sup> Der Westen hatte nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation Krieg wieder zu einem „normalen Mittel“ der internationalen Politik gemacht: gegen den Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Libyen usw. Russland folgt dem nun mit zwanzigjährigem Abstand. Das Völkerrecht verurteilt jedoch seit dem Kriegsächtungspakt von 1928 Krieg „als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle“, auf ihn soll „als Werkzeug nationaler Politik“ verzichtet werden. Die UNO-Charta fixiert das Friedensgebot als für die Staatenbeziehungen zentral. Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ist ein offener Bruch des Völkerrechts, ein Versuch, Krieg „als Werkzeug nationaler Politik“ zu benutzen. Ein „Recht auf Gleichbehandlung im Unrecht“ gibt es jedoch nicht. Die Lügen und Verbrechen der USA in den

---

1 Crikemans, David (2022): In eine andere geopolitische Ära? Der Krieg in der Ukraine als geopolitischer Katalysator. In: Welttrends, Nr. 188, S. 21.

2 Ebenda, S. 22.

Kriegen seit 1990 entlasten Putins Russland in keiner Weise. Krieg ist in jeder Hinsicht gewaltsamer Bruch mit allen Menschenrechten, zuvörderst des Rechts auf Leben. Das soll jedoch nicht weiter Gegenstand dieses Textes sein.

**Zweitens.** Die Frage, ob es eine „Internationale“ des Autoritarismus gibt, wie sie in der einschlägigen Literatur immer mal wieder auftaucht, kann nicht positiv beantwortet werden. Die Gründe, weshalb in Polen Kaczyński gewählt wird, in Ungarn Orbán, in Italien Meloni und Salvini, in Schweden die Schwedendemokraten sind jeweils unterschiedlich und konkret in Bezug auf das jeweilige Land und seine politischen Konstellationen zu beantworten. Insofern war es auch schon lange vor dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine eine intellektuelle Verirrung, in Bezug auf Ungarn oder Serbien von einer „Ausdehnung des Systems Putin“ zu reden. Das „System Putin“ ist eine russische Erscheinung und „das System Orbán“ eine ungarische. Auch alle Querverbindungen zu Trump in den USA und Bolsonaro in Brasilien sind eine Vereinfachung, die analytisch nicht trägt. Wird so etwas handlungsleitend für die Außenpolitik, schwächt es diese und führt in die Irre.

### **China als Herausforderung**

Der Logik des kapitalistischen Weltsystems – was nicht dasselbe ist, wie der Kapitalismus als Wirtschaftssystem und die bürgerliche Gesellschaft – konnte sich auch das „sozialistische Weltsystem“, ungeachtet gegenteiliger Beteuerungen, praktisch nicht entziehen.<sup>3</sup> Dennoch gingen seine Protagonisten im Sinne ihres Verständnisses vom Charakter der Sowjetunion und der anderen „sozialistischen“ Länder davon aus, dass sie nicht nur eine alternative Gesellschaft errichten würden, sondern auch ein anderes Staatengefüge.

Grundlage seines Platzes in der Welt ist Chinas rasante wirtschaftliche Entwicklung im 21. Jahrhundert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des ganzen Landes betrug 1960 59 Milliarden US-Dollar, 1984 – nach Beginn der Wirtschaftsreformen – 316 Milliarden und 2020 14.723 Milliarden US-Dollar (<https://de.statista.com>, 21.04.2020). Es ist dies jedoch kein Versuch, ein alternatives Weltsystem neben oder gegen das vorgefundene zu stellen.

In den Zirkeln der außenpolitischen Analyse in den USA wird gerade Chinas Aufstieg, nicht seine tatsächliche Politik als Bedrohung angesehen. Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion sei ein „Streit in der westlichen Familie“ gewesen, während China der erste „nicht weiße“ Rivale sei.<sup>4</sup> Das kann man als Rassismus qualifizieren, muss man aber nicht. Es geht in erster Linie um die Macht im Weltsystem bzw. die Verteidigung des seit 500 Jahren bestehenden Weltsystems als Konstrukt westlicher, nordatlantischer Macht.

Henry Kissinger warnte künftige US-Präsidenten, gegenüber China nicht eine Politik des Regimewechsels zu betreiben, sondern die Beziehungen als „Ko-Evolution“ zu gestalten.<sup>5</sup> US-Präsident Joseph Biden hingegen erklärte China programmatisch zum Hauptfeind. In seiner Rede zur „Virtuellen Münchner Sicherheitskonferenz“ am 19. Februar 2021 sagte er: „Wir müssen uns gemeinsam auf einen langfristigen strategischen Wettbewerb mit China vorbereiten.“ Der Kampf der USA gegen den Aufstieg Chinas wurde eine zentrale Achse der internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts. Er begann nicht mit Donald Trump, sondern unter Barack Obama und seiner „Wendung nach Asien“. Unter Trumps Präsidentschaft wurde ein verschärfter Handelskrieg gegen China angezettelt. Im Hintergrund dessen forcierten die USA zugleich ihre

---

3 Wallerstein, Immanuel: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien: Promedia Verlag 2002, S. 18.

4 Naß, Matthias: Drachentanz. Chinas Aufstieg zur Weltmacht und was er für uns bedeutet, München: Verlag C.H. Beck 2021, S. 239.

5 Kissinger, Henry: China. Zwischen Tradition und Herausforderung, München: C. Bertelsmann Verlag 2011, S. 540.

militärische Aufrüstung und die Einkreisung nicht nur Russlands, sondern auch Chinas. Beides wird unter Biden fortgesetzt. Folgsam wurde auf dem NATO-Gipfel in Madrid (28.-30. Juni 2022) China zu einer „systemischen Herausforderung“ erklärt.

### **Asiens Zentralposition**

Die Verlagerung des Schwerpunktes der Weltwirtschaft nach Asien im 21. Jahrhundert ist der prägende Prozess der Entwicklung der internationalen Beziehungen. Hier geht es nicht nur um die Erosion der Macht der USA, sondern um den relativen Abstieg des Westens. Auch EU-Europa ist Teil dessen. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Parag Khanna meinte vor über zehn Jahren, es gäbe in der Welt drei imperiale Zentren: die USA, China und die EU. Die weitere Entwicklung in der Welt hänge davon ab, wie es diesen gelingt, die übrigen Teile der Welt an sich zu binden, Einflusszonen zu schaffen und diese dauerhaft zu dominieren.<sup>6</sup> Das ist jedoch nur eine andere Gestalt der Idee, dass in der Welt von heute ein „Konzert der Mächte“ existiert. Hier wären dann mindestens Russland, Indien, Brasilien und Südafrika hinzuzurechnen, die in ihren respektiven Regionen ebenfalls mehr oder weniger nachdrücklich Einfluss ausüben.

Damals lebte Khanna in den USA. Inzwischen ist er nach Singapur umgezogen, das er die „inoffizielle Hauptstadt Asiens“ nennt, die „Asiens Potenzial versinnbildlicht“.<sup>7</sup> Aus seiner Sicht ist der Aufstieg Asiens nicht identisch mit einer chinesischen Vorherrschaft. So sollten Russen und Australier aufhören, nur weil sie von „europäischen Ethnien abstammen“, sich nicht als „weiße Asiaten“ anzusehen.<sup>8</sup> Asien erstreckt sich vom Mittelmeer und dem Roten Meer über zwei Drittel des eurasischen Großkontinents bis zum Pazifik – er umfasst 53 Länder und hat 4,5 Milliarden Einwohner, von denen „nur“ 1,4 Milliarden Chinesen sind. Gleichwohl datiert Khanna „den Grundstein für eine von Asien angeführte Weltordnung“ auf das Jahr 2017, als sich die Staats- und Regierungschefs von 68 Ländern aus Asien, Europa und Afrika – die zwei Drittel der Weltbevölkerung und die Hälfte des weltweiten BIP vertraten – zum ersten Gipfel der von China angeregten „Belt and Road Initiative“ trafen. Dieses Gipfeltreffen nennt er „den Start des größten koordinierten infrastrukturellen Investitionsplanes der Menschheitsgeschichte“, nur vergleichbar mit der Gründung der Vereinten Nationen und dem Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>9</sup> Doch weder die Welt als Ganze noch Asien treibe in Richtung einer chinesischen Vorherrschaft. Historisch war China – im Unterschied zu den europäischen Mächten – nie eine Kolonialmacht. Und die „Belt and Road“-Initiative zielt nicht darauf, dass China Asien beherrscht, sondern dass es in Asien verwurzelt ist und es die Abhängigkeit von außer-asiatischen Lieferanten verringern will.<sup>10</sup>

Entscheidend für die derzeitige geistig-politische Situation in der Welt sind die gegensätzlichen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte. Die westlichen „Eliten“ sehen ihre politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Werte infrage gestellt. Dazu gehören: „Das Scheitern der Kriege in Afghanistan und im Irak, das Missverhältnis zwischen Finanzwirtschaft und realer Volkswirtschaft, die Unfähigkeit, Russland und die Türkei in den Westen einzubinden, und von Populisten gekaperte demokratische Gesellschaften“. Das heißt: „Die amerikanische Generation Y ist mit einem Krieg gegen den Terror, sinkenden mittleren Einkommen, zunehmenden Rassenkonflikten, willkürlicher Waffengewalt und politischer Demagogie aufgewachsen.

---

6 Vgl. Khanna, Parag: Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin: Berlin Verlag 2008.

7 Khanna, Parag: Unsere asiatische Zukunft, Berlin: Rowohlt Verlag 2019, S. 38.

8 Ebenda, S. 15.

9 Ebenda, S. 9f.

10 Ebenda, S. 31f.

Europäische Jugendliche haben mit wirtschaftlicher Austeritätspolitik zu kämpfen, mit hoher Arbeitslosigkeit und Politikern, die den Kontakt mit den Bürgern verloren haben.“ In Asien dagegen haben Milliarden Menschen, „die in den letzten zwei Jahrzehnten aufgewachsen sind, [...] geopolitische Stabilität, rasch steigenden Wohlstand und anschwellenden Nationalstolz erlebt. Die Welt, die sie kennen, hat nichts mit westlicher Dominanz zu tun, sondern mit einer asiatischen Vormachtstellung.“<sup>11</sup>

Das bedeutet, dass Asien ohne ein Macht-Zentrum, ohne ein verdichtetes gesamt-kontinentales Vertragsnetz, ohne eine einheitliche Kultur und ohne gemeinsame Werte zu einem System von Ländern geworden ist, „die nicht nur geographisch, sondern auch durch Kräfte der Diplomatie, des Konflikts und des Handels miteinander verbunden sind“. Seine Mitglieder „sind allesamt souverän und unabhängig, zugleich aber in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen stark aufeinander angewiesen“. Es „wird durch Bündnisse, Einrichtungen, Infrastruktur, Handel, Investitionen, Kultur und andere Muster gebildet“. Die „Kombination aus Wirtschaftswachstum, geopolitischer Stabilität und technokratischem Pragmatismus [hat] eigene asiatische Vorstellungen zur Weltordnung aufkommen lassen“. Die „wichtigsten Mächte Asiens haben trotz historischer Spannungen stabile Beziehungen zueinander bewahrt“.<sup>12</sup> Die Gastgeberschaft Indonesiens für den G20-Gipfel auf Bali (15./16. November 2022) hat dies eindrucksvoll bewiesen. Die G20 bleibt dabei politisch-diplomatisch zunächst in BRICS-Hand: der Gipfel 2023 findet in Indien statt, 2024 in Brasilien – unter Lula wird das Land gewiss wieder Weltpolitik machen – und 2025 in Südafrika.

Vor diesem Hintergrund ist denn auch die Rolle der USA zu betrachten. Deren „Eliten“ meinen nach wie vor, Asien warte nur darauf, dass sie ihnen sagen, was zu tun sei. „Doch aus asiatischer Sicht waren die vergangenen Jahrzehnte von George W. Bushs Inkompetenz, Barack Obamas halbherzigen Maßnahmen und Donald Trumps Unberechenbarkeit geprägt.“ Die USA haben es nicht vermocht, eine umfassende Strategie gegenüber Asien zu entwickeln. Es wird eine „indo-pazifische Seestrategie“ als Gegenmittel gegen Chinas „Belt and Road“-Initiative angesehen, dabei aber werden die asiatischen Realitäten ausgeblendet. „Bei allen Unterschieden haben die asiatischen Länder erkannt, dass ihre gemeinsame Geographie eine weit beständigere Wirklichkeit darstellt als die unzuverlässigen Versprechen der Vereinigten Staaten. Die Lehre daraus: Die USA sind eine Pazifikmacht mit einer starken Präsenz in den asiatischen Meeren, aber keine asiatische Macht.“<sup>13</sup> Frankreich, Großbritannien und Deutschland, die neuerdings gern mal Flagge zeigen in der asiatisch-pazifischen Region, erst recht nicht.

### **Internationale öffentliche Güter**

Bereits im Jahre 2011, also unter der Präsidentschaft des gewinnend daherkommenden Barack Obama, wurde in den USA jegliche Kooperation mit China in der Raumfahrt per Gesetz verboten. Chinesische Taikonauten dürfen deshalb als einzige Bürger einer Raumfahrtnation auch nicht zur internationalen Raumstation ISS fliegen; die anderen dort Beteiligten haben sich dem Druck der USA gebeugt. Auch aus dem „Artemis“-Programm der NASA, mit dem in den nächsten Jahren wieder US-amerikanische Astronauten auf dem Mond abgesetzt werden sollen, sind Chinesen ausgeschlossen, obwohl es anderen Ländern offenstehen soll. Bill Nelson, der von Joe Biden 2021 eingesetzte neue NASA-Chef, trommelte mit dem Spruch, China sei ein „sehr aggressiver Wettbewerber“, um mehr Gelder für seine Einrichtung.

Das betrifft auch Deutschland (*ZeitOnline*, 03.07.2021). Der deutsche ESA-Astronaut Matthias Maurer sollte

---

11 Ebenda, S. 11f.

12 Ebenda, S. 16-19.

13 Ebenda, S. 30f.

eigentlich mit zu der chinesischen Raumstation fliegen, die derzeit eingerichtet wird. Dafür hatte er extra Mandarin gelernt und 2017 einige Zeit in China trainiert. Von Seiten der ESA heißt es dann, das sich zuspitzende politische Klima mache das unmöglich. Maurer flog stattdessen zur ISS (November 2021-Mai 2022). Da hätten Deutsch und Englisch gereicht.

Mit ihrer Abgrenzungspolitik widersprechen die USA Geist und Buchstaben des Weltraumvertrages von 1967. Das ist ein weltweiter Vertrag unter dem Recht der UNO, wie auch der Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche (1963), der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (1968) oder der Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresgrund (1971). Der Weltraumvertrag bestimmt, dass die „Erforschung und Nutzung des Weltraumes einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper [...] zum Wohle und im Interesse aller Länder [erfolgt]“. „Der Weltraum einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper unterliegt nicht der nationalen Aneignung durch Hoheitsansprüche, durch Nutzung oder Besetzung“. Da Nutzungen durch nichtstaatliche Unternehmungen immer nur im Rahmen staatlicher Bevollmächtigung erfolgen, unterliegen auch diese dem Weltraumvertrag. Die derzeit in den USA wieder debattierte Inbesitznahme von Teilen des Mondes widerspricht diesem Vertrag völlig. Erforschung und Nutzung des Weltraums sollen ausschließlich friedlichen Zwecken dienen, Kernwaffen sollen nicht in den Weltraum oder auf den Mond gebracht werden. Die Kosmonauten werden „als Sendboten der Menschheit im Weltraum“ betrachtet. Bei ihrer Tätigkeit sollen „die Kosmonauten eines Partnerstaates den Kosmonauten anderer Partnerstaaten jede mögliche Unterstützung“ erweisen. Im Zuge der damaligen Entspannungspolitik schlossen die USA und die Sowjetunion am 24. Mai 1972 ein Abkommen „über die Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken“. Die Zusammenarbeit in allen damit zusammenhängenden Bereichen sollte vertieft werden. Dazu gehörte auch die Entwicklung „vereinheitlichter Mittel für die Annäherung und Kopplung sowjetischer und amerikanischer bemannter Raumschiffe und Stationen“. Das heißt, gegenüber China gehen die USA heute weit hinter jenes Niveau zurück, das sie im Verhältnis zur Sowjetunion vor 50 Jahren, mitten im Kalten Krieg, erreicht hatten.

In einer Mischung aus Ehrfurcht und Neid beschrieb *ZeitOnline* das Weltraumprogramm Chinas. Seit über dreißig Jahren folgt das Land seinem ehrgeizigen Plan, Schritt für Schritt, ohne erwähnenswerte Rückschläge. Zunächst wurden die Etappen abgearbeitet, die die Sowjetunion und die USA seit den 1960er Jahren zurückgelegt hatten: 2003 flog der erste Chinese in den Orbit, 2008 der erste Weltraumspaziergang, 2011 das erste Annäherungs- und Kopplungsmanöver. Das habe für westliche Beobachter als reine Nachahmung gewirkt, so *ZeitOnline* – es sind aber die himmelsmechanisch und technisch erforderlichen Entwicklungsstufen.

Im Jahre 2020 gab China umgerechnet 7,5 Milliarden Euro für die Raumforschung aus und liegt damit auf Platz 2 nach den USA. Es verfügt über eine eigenentwickelte, leistungsfähige Weltraumtechnik. Ende 2020 flog die Raumsonde Chang'e zum Mond (der Name stammt von der chinesischen Mondgöttin), entnahm vollautomatisch eine Gesteinsprobe und brachte diese ebenso vollautomatisch zur Erde zurück; das konnte bisher niemand anderer. Im Mai 2021 landete das Fahrzeug Zhurong (benannt nach dem chinesischen Feuergott) auf dem Mars und begann dort zu arbeiten. Das konnten bisher nur die USA, die ESA scheiterte damit zweimal. Seit Juni wird nun durch chinesische Taikonauten im Orbit die Raumstation Tiangong, Himmelspalast, zusammengebaut und arbeitsfähig gemacht. 2024 soll sie vollendet sein. Wenn die ISS dann abgewrackt wird, ist es die einzige Außenstation der Menschheit auf einer Erdumlaufbahn. Im Jahre 2030 soll ein riesiger Teppich aus Solarzellen im Weltall schweben, der in der Lage ist, die gesammelte Energie zur Erde zu senden. 2036 soll es – voraussichtlich gemeinsam mit Russland – eine dauerhaft bemannte Mondstation geben. Während die USA sich in einer neuerlichen *Space Race* wähen, wie einst im Wettlauf mit der

Sowjetunion, folgt China ruhig und gelassen seinen Plänen. China hat anderen Staaten grundsätzlich Kooperation angeboten, während die USA nicht nur China aus ihren Aktivitäten ausschließen, sondern auch alle anderen Staaten, die die chinesische Einladung annehmen wollen.

Der Politikwissenschaftler Ulrich Menzel hatte zu den sich immer wieder rekonstruierenden Hierarchien in der Staatenwelt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Hegemonialordnungen und Imperien geltend gemacht. Ein Hauptkriterium sei, dass der Hegemon „internationale öffentliche Güter“ (im Politologen-Jargon: *Global Commons*), etwa militärische Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität, zur Verfügung stelle, während das Imperium lediglich „Clubgüter“ bereitstelle, die nur seinen Herrschaftsunterworfenen und Förderaten zur Verfügung stehen.<sup>14</sup>

In diesem Sinne sind die USA heute eine imperiale Macht, die nur ihren Abhängigen Zugang zu Klubgütern gewährt, während China im Sinne des Weltraumvertrages das Gesamtinteresse der Menschheit vertritt und internationale öffentliche Güter zur Verfügung stellt. Das hatte sich Menzel zwar umgekehrt gedacht – China als Imperialmacht und die USA als „guter Hegemon“ –, aber die Wirklichkeit, sie ist nicht so.

### Das Problem des Systemkonflikts

Im heutigen China handelt es sich um einen gesamtgesellschaftlichen Aufstiegsprozess und sozialen Wandlungsprozess, wie er sich im 19. und 20. Jahrhundert mit den Industrialisierungs- und Modernisierungsprozessen auch in Großbritannien, Deutschland und den USA vollzog. Hier geht er allerdings deutlich schneller vonstatten. So schrieb der China-Wissenschaftler Thomas Heberer: „In den letzten 25 Jahren hat China seine Wirtschaftsleistung verdoppelt [...]. Großbritannien benötigte 60 Jahre, um sein Bruttosozialprodukt pro Kopf zu verdoppeln, die Vereinigten Staaten 40 Jahre, China lediglich 12 Jahre.“<sup>15</sup> Der Anteil Chinas am Bruttoinlandsprodukt der Welt lag 2019 kaufkraftbereinigt bei 19,3 Prozent, USA 15,1 Prozent und EU-27 13,8 Prozent. Standen die sogenannten entwickelten Länder (Westeuropa, die USA und Kanada sowie Japan, Australien und einige andere Länder) in den 1980er Jahren für 63 Prozent globalen Wirtschaftswachstums, so waren es in den 2010er Jahren noch 23 Prozent. Heute kommt mehr als die Hälfte des Wachstums aus den aufstrebenden asiatischen Wirtschaften, darunter über ein Drittel aus China. Seit Anfang der 1980er Jahre wurden über 800 Millionen Menschen in China aus der Armut befreit. Ende 2016 lebten noch 3,1 Prozent der ländlichen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze; das waren 43,4 Millionen von über 1,3 Milliarden Menschen. Insgesamt leben heute weniger als ein Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Heute geht es in erster Linie um die Macht im Weltsystem bzw. die Verteidigung des seit 500 Jahren bestehenden Weltsystems als Konstrukt westlicher, nordatlantischer Macht. Das Reden, wer hier welche Regeln bestimmt, ist nur eine Umschreibung dessen. Der britische Publizist Martin Jacques schrieb bereits 2012: „Der Aufstieg Chinas zum globalen Akteur relativiert alles. Der Westen ist an die Vorstellung gewöhnt, die Welt sei *seine* Welt, die internationale Gemeinschaft sei *seine* Gemeinschaft, die internationalen Institutionen seien *seine* Institutionen, [...] die universellen Werte seien *seine* Werte [...]. Das gilt nicht länger.“<sup>16</sup>

---

14 Menzel, Ulrich: Die Welt am Kipp-Punkt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2016.

15 Heberer, Thomas: Einige Anmerkungen zur Stabilität und Legitimität in der VR China, in: Dahme, Heinz-Jürgen/ Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Systemanalyse als politische Reformstrategie. Festschrift für Dieter Grunow, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 106.

16 Zitiert nach: Milanović, Branko: Kapitalismus global. Über die Zukunft des Systems, das die Welt beherrscht, Berlin: Suhrkamp

Ganz in diesem Sinne benannte Pepe Escobar in der *Asia Times* (05.03.2021) den Grundkonflikt so: „Was in diesem Wettbewerb zwischen schwächelnden westlichen (neo)liberalen Demokratien und dem 'Sozialismus mit chinesischen Merkmalen' (Copyright Deng Xiaoping) letztlich auf dem Spiel steht, ist die Fähigkeit, das Leben der Menschen [...] zu verbessern.“ Er verweist auf den britischen Sinologen Kerry Brown vom King's College in London, der drei Hauptprobleme geltend machte: (1) In der gesamten modernen Geschichte gibt es keine westliche Wertschätzung für China als eine starke und mächtige Nation oder für seine wiederhergestellte historische Bedeutung. Die westliche Mentalität ist nicht bereit, damit umzugehen. (2) Der moderne Westen hat China nie als Weltmacht gesehen, und wenn als Macht, dann bestenfalls als Landmacht, nie als Seemacht, die fähig sein könnte, Macht weit über seine Grenzen hinaus auszuüben. (3) Angetrieben von der eisernen Gewissheit eigener Wertebezogenheit – so das „sehr abgegriffene Konzept“ der „wahren Demokratie“ – hat der atlantische Westen keine Ahnung, was er von den chinesischen Werten halten soll, und ist letztlich auch nicht daran interessiert, China zu verstehen. Das führe zu einem Vorurteil der Selbstbestätigung, dessen Ergebnis China als „Bedrohung für den Westen“ ist.

Wir haben es hier mit einer Bedrohungsperzeption zu tun, die zunächst und vor allem der wachsenden Unfähigkeit der „nordatlantischen Welt des Weißen Mannes“, vornehmlich der USA, entspringt, die Welt wie in den vergangenen 500 Jahren beherrschen zu können. Vor allem China gilt als Herausforderer, es ist jedoch die breitere Rückverlagerung des Schwerpunktes im Weltsystem nach Asien. Es geht nicht um eine Zerstörung oder Teilung des Weltsystems (wie einst aus der Sicht Stalins), sondern um die Verlagerung des Zentrums des Weltsystems nach Asien, zentral nach China. Dazu stellte der Politikwissenschaftler Michael Staack in einem aktuellen Papier fest: „Chinas Aufstieg erfolgte grundsätzlich im Rahmen der bestehenden internationalen Ordnung, insbesondere der Sicherheits- und Wirtschaftsordnung. China will diese Ordnung bzw. sektorale Teilordnungen nach seinen Vorstellungen verändern, aber nicht umstürzen. Diese Zielsetzung ist grundsätzlich legitim, bedarf aber der internationalen Mehrheits- und Konsensbildung.“ Demgegenüber jedoch wird – und das meint das westliche Wort vom sogenannten Wertekonflikt – „im dominanten westlichen Diskurs in der Regel nicht beachtet, dass die Hegemonie der USA und ihr Weltordnungsverständnis nicht in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind; ebenso wenig das Konzept der USA als eines über der regelbasierten Ordnung stehenden Wächters der *global commons*.“<sup>17</sup> Im Klartext heißt das: das Reden auch deutscher Politiker, man müsse eine „regelbasierte“ westliche Ordnung gegen die Zumutungen Chinas und anderer „verteidigen“, zielt auf eine Ordnung, die jenseits und über dem geltenden Völkerrecht steht.

Zu dem oft wiederholten westlichen Vorwurf gegenüber China, es würde Industriespionage betreiben und geistigen Diebstahl praktizieren, betonte Staack: „Gestützt auf seine Spezialisierungsvorteile wie Marktgröße, außerordentliches Wachstum und hohe Gewinnmargen, haben chinesische Unternehmen die Regelwerke der WTO und den Zwang zu Joint Ventures ausgeschöpft und ausgenutzt für einseitige Vorteile, Regelverletzungen, Industriespionage bzw. Diebstahl geistigen Eigentums. Gleichzeitig hat China gegen das Land ergangene Entscheidungen der WTO-Schiedsgerichte umgesetzt. Zweifellos wurde der wirtschaftliche Aufstieg Chinas durch die Regelverletzungen beschleunigt. Chinas entsprechende Praktiken sind nicht exzeptionell, sondern korrespondieren in vergleichender historischer Perspektive mit der Politik anderer wirtschaftlicher Aufsteiger, z.B. der USA und des deutschen Kaiserreiches vor 1914. Mit zunehmendem wirtschaftlich-technologischem Erfolg dieser Staaten gingen solche Praktiken zurück, was entsprechende

---

Verlag 2020, S. 184 (Hervorhebungen im Original).

17 Staack, Michael: Chinas Selbstverständnis und die Sicherheitskonstellation in Ostasien. Gibt es (noch) eine Chance für kooperative Sicherheit? Diskussionspapier für die Studiengruppe Europäische Sicherheit und Frieden der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), 2. Juli 2021, S. 2f.

Prognosen auch für China nahelegt.“<sup>18</sup>

Die Verteufelung der Macht der Kommunistischen Partei Chinas im Westen ist im Kern eine abgeleitete Funktion der Machtkonkurrenz der USA gegenüber China. Dazu nochmals Staack: „Zwischen den USA und der Volksrepublik China hat sich eine umfassende Macht-, System- und Militärkonkurrenz herausgebildet. Den Kern des Konflikts stellt die Machtkonkurrenz dar: die USA würden sich auch dagegen wehren, von einem demokratischen China eingeholt oder überholt zu werden (wie von einem demokratischen Japan in den 1980er Jahren); ebenso wenig wie sie bereit sind, die demokratische EU als gleichberechtigten Machtpol anzuerkennen. Die Systemkonkurrenz lädt die Machtkonkurrenz zusätzlich auf“.<sup>19</sup> In diesem Sinne ist die Konkurrenz Chinas zu den USA keine Neuauflage des Ost-West-Konflikts zwischen der Sowjetunion und den USA, der zu einer anderen Epoche und einer anderen Mächtekonstellation gehört.

Wenn wir ernsthaft über „Systemkonkurrenz“ reden wollen, gibt es zwei Gesichtspunkte. Der erste ist: weder die realsozialistische Planwirtschaft noch der Finanzkapitalismus waren in der Lage, gesellschaftliche Entwicklungsziele tatsächlich umzusetzen. „Gelenkte wirtschaftliche Entwicklung geht über reguliertes Wachstum hinaus, weil inhaltlich bestimmte Entwicklungsrichtungen angesteuert werden. Der heute global anstehende ökologische Umbau der Energiesysteme und der Stoffströme ist ohne inhaltliche Lenkung überhaupt nicht möglich.“<sup>20</sup> Gelenkte wirtschaftliche Entwicklungen gab es auch unter rein kapitalistischen Bedingungen, so unter Franklin D. Roosevelt mit dem New Deal in den 1930er Jahren in den USA, nach 1945 auch in Westeuropa und Japan, bis der Finanzkapitalismus durchgesetzt wurde. In diesem Sinne ist China heute den USA, Westeuropa und Japan in vielem voraus.

Der zweite Punkt ist: „Gelenkte volkswirtschaftliche Entwicklung setzt inhaltlich bestimmte geteilte Ziele voraus.“<sup>21</sup> Das meint, die Mehrheit der respektiven Gesellschaft muss diese Ziele teilen. Sonst funktioniert es nicht. Das kann man historisch in Bezug auf Roosevelt oder die BRD und Japan nachvollziehen. Diese gesellschaftliche Teilung der Ziele kann nicht per Diktatur durchgesetzt werden. Entgegen den westlichen Darstellungen ist es der KP Chinas offensichtlich gelungen, diesen Konsens in der chinesischen Gesellschaft zu schaffen. Ohne „westliche Demokratie“. Die angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ihrerseits vor großen Herausforderungen steht.

## Fazit

Wenn nun die Frage steht, wie sich partikularistische Ansätze der Außenpolitik – feministisch, wertebasiert, regelbasiert – im Verhältnis zu universellen und inklusiven Herangehensweisen des Multilateralismus stellen, so fördern sie nicht den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Welt, sondern eher Konstellationen, die eine neue Blockkonfrontation herbeiführen und verhärten. Das schadet den außenpolitischen Interessen Deutschlands, dem Wohlergehen und der friedlichen Perspektive seiner Bürgerinnen und Bürger, der hier lebenden Menschen.

Die Vorstellung, man könne China oder andere Staaten in den einen Konstellationen mit Boykott, Sanktionen und Druckpolitik überziehen und sie wären an anderer Stelle willfähriger Partner der Zusammenarbeit, ist völlig absurd, im Grunde unpolitisch. Eine Außenpolitik, die intellektuell und strategisch von falschen

---

18 Ebenda, S. 6.

19 Ebenda, S. 14.

20 Land, Rainer: Chinas gelenkte Marktwirtschaft und die Seidenstraßen-Initiative, in: Berliner Debatte Initial, Heft 4/2020, S. 12.

21 Ebenda.



Voraussetzungen ausgeht, kann den Interessen des Landes und seiner Bewohner nicht gerecht werden.

Dazu gehört dringend, ein konsistentes Konzept der Vertretung menschenrechtlicher Positionen umzusetzen, die einheitlich erfolgt. Menschenrechte als Druckmittel gegen Länder wie China zu benutzen, während man zu schlimmen Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien und Katar zurückhaltend ist, bleibt am Ende instrumentell und unglaubwürdig.

Friedenspolitik bedarf der Fähigkeit zu friedlicher Koexistenz. Die wiederum fußt auf dem Vermögen, andere Gesellschaften als andere zu akzeptieren.

*Bei diesem Text handelt es sich um das Sachverständigen-Gutachten zur öffentlichen Anhörung durch den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages zum Thema „Systemischer Wettbewerb – Menschenrechte als integraler Bestandteil der Weltordnung“ am 30. November 2022. Der Autor war der nominierte Sachverständige der Linksfraktion im Deutschen Bundestag.*